

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Magazin M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1768.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 gespaltene Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 128.

Dresden, Freitag den 6. Juni 1913.

24. Jahrg.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde eine Staffelfür die Besteuerung des Vermögens angenommen. Es wurde beschlossen, Vermögen bis zu 50000 Mark freizulassen, wenn das Einkommen 3000 M. nicht übersteigt.

In Braunsdorf bei Stettin erschlag ein Arbeitswütiger einen Streikenden.

Die Unwetterkatastrophe, die über Dessau niedergelassen ist, hat zwölf Personen das Leben gekostet.

In Dresden wurden bei einem Straßenbahn-Zusammenstoß neun Personen verletzt.

Regierungsbeweise

gegen die Militärvorlage.

Die deutschen und die französischen Grenztruppen.

In den Verhandlungen der französischen Kammer über die Heeresvorlage hat der Berichterstatter Le Goff eine Betrachtung darüber angestellt, wie sich in den ersten Tagen einer Mobilisation das Stärkeverhältnis zwischen den deutschen und französischen Grenztruppen gestalten würde. Er ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Deutschland im Grenzgebiet nach der Durchführung unserer geplanten Heeresvermehrung sehr viel stärker sein würde als die Franzosen, falls diese nicht inzwischen zur dreijährigen Dienstzeit zurückgekehrt wären. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wendet sich jetzt gegen diese Angaben. Sie zählt die beiderseitigen Grenztruppen auf und kommt zu folgendem Schluss: „Unsere Grenztruppen erreichen erst im Januar 1914 annähernd die Stärke, die die französischen jetzt schon haben, wir wären nach Durchführung unserer neuen Vorlage im Grenzgebiet nur um ganz 600 Mann stärker als unsere Nachbarn. Es bleibt da die „braune Lücke“ unserer erdrückenden Überlegenheit, auf die Herr Le Goff eine Preisgabe nicht abgibt? Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß die Verführung der französischen Rüstung in keiner Weise durch die unsrige herausgefordert werden ist, so wäre die hiermit veröffentlichte der von Le Goff berichteten Punkte geeignet, uns zu liefern.“

Welchen die Franzosen dem dritten Jahrgang zurufen, das ist schon beifolgende Sache ist, so haben sie im Grenzgebiet, wenn die Erörterungen in Kammer und Presse einen Anhalt zur Schätzung geben, künftig noch etwa 30 000 ausgebildete Leute mehr, insgesamt also 126 000 Mann unter den Fahnen. Sie sind dort dann im Januar 1914 um etwa 35 000 Mann stärker als wir und bleiben und auch nach der vollen Durchführung unserer Heeresvermehrung noch um 24 000 Mann überlegen. Dieses Zahlenverhältnis ist schon im Sommer für die Franzosen recht günstig. In der Zeit der Rekrutenausbildung wird es noch vorteilhafter für sie sein, unsere Nachbarn dann aber zwei volle kriegstüchtige Jahrgänge verfügen, wir dagegen nur über einen.“

Diese Polemik, die von deutscher und von französischer Seite über das Stärkeverhältnis der Grenztruppen geführt wird, erbringt den besten Beweis für die Unzulänglichkeit und Unmöglichkeit der Militärvorlagen bilden und drücken.

Es ist bekanntlich überhaupt eine sehr missliche Sache mit den Zahlenvergleichen der Armeestärke. Da rechnet sich jeder Staat seine Schwäche und die Überlegenheit des anderen heraus, wobei dann die „Notwendigkeit“ einer neuen Militärvorlage gefolgert wird. Ganz besonders trifft dies auf den Vergleich der Stärkeverhältnisse bei den Grenztruppen zu. Denn es hängt dabei alles ab von dem geographischen Bereich, den man in Rechnung zieht.

Es mag sein, daß der französische Berichterstatter über die Militärvorlage die Zahlen recht ungünstig für Frankreich gruppiert hat. Die Berechnungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die natürlich von der Heeresverwaltung kommen, sind aber noch viel weniger objektiv. Die Norddeutsche übersieht vor allem gänzlich die Tatsache, daß die französischen Truppenteile in Wirklichkeit längst nicht die Mannschafszahl haben, die sie nach den papierenen Bestimmungen haben sollten. Wenn es aber wahr wäre, daß die Franzosen durch die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit die deutschen Grenztruppenverordnungen, die die neue Militärvorlage beabsichtigt, sofort wieder wettmachen oder sogar noch überbieten werden — was in aller Welt soll dann der Zweck dieser ganzen Hebung sein?

Aus den Ausführungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung kann nur der Schluss gezogen werden, daß die neuen Militärvorlagen, die in beiden Ländern durchgeführt werden sollen, im Stärkeverhältnis so gut wie nichts verändern. Es bleibt nachher alles so wie zuvor. Aber beide Nationen müssen ungeheure neue Opfer an Menschen und Geldern bringen.

Der Wehrverein wird allerdings eine andere Schlussfolgerung ziehen. Er wird erklären — und er hat es ja bereits erklärt — daß die jetzige deutsche Militärvorlage wiederum den nationalen Bedürfnissen nicht genüge und durch eine abermalige Vorlage ergänzt werden müsse. Auch das Rüstungs-kapital wird mit konunendem Patriotismus die Notwendigkeit einer neuen Vorlage feststellen.

Aber die große Zahl der nicht nationalistisch vernünftigen

Massen dieser und jenseits der Vogesen kann an solchen gegenseitigen Aufrechnungen die vollendete Sinnlosigkeit der Rüstungstreiben, mag es sich um die Grenztruppen oder um die gesamten Heeresbestände handeln, handgreiflich erkennen.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission ist nach längerem Debatten eine Staffelfür die Vermögenssteuer angenommen worden. Es ist dabei auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden, Personen mit einem Vermögen bis 50 000 M. freizulassen, wenn ihr Einkommen 3000 M. nicht übersteigt. Hingegen sind Vorschläge über die Herabsetzung des Einkommens zum Wehrbeitrag gestern noch nicht gefaßt worden. Die Lösung der Frage der Einkommenbesteuerung dürfte der Budgetkommission noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten, weil ja die Meinungen darüber, wie weit nicht aus Vermögen stammendes Einkommen zum Wehrbeitrag herangezogen werden soll, sehr auseinandergehen. Der Bericht über die gestrige Sitzung der Kommission besagt folgendes:

Vor Beginn der Donnerstagssitzung, der 100. Sitzung der Budgetkommission, fand eine zweistündige vertrauliche Besprechung zwischen den Fraktionsdelegierten und der Regierung statt zur Vorbereitung über wichtige Fragen. Dann wurde zunächst die am Mittwoch vertagte Debatte über die Besteuerung der Mittelschichten zu Ende geführt, die einem ausschließlich steuerrechtlichen Charakter hatte. Der Regierungsentwurf wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen. Hieraus wurde die Debatte über § 1 niedriger aufgenommen, der die Höhe und die Staffel des Wehrbeitrags enthält. Graf Bismarck berichtete über die vertraulichen Besprechungen, die zu einer Einigung nicht geführt haben. Es lagen mehrere Vorschläge vor. Ein Vorschlag A sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bei Vermögen bis 50 000 M. vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 v. H. des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 800 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen betreffen. Ein Vorschlag B sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bei Vermögen bis 500 000 M. vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 v. H. des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 800 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen betreffen. Die Mehrheit der Fraktionsdelegierten hat sich für Vorschlag A entschieden, wobei Abhand genommen, eine Vermögens-einkommen-Veranlagung zu schaffen; es genügt der Veranlagungsmodus in den Einkommensteuern, und es soll nur um eine einmalige Abgabe handeln. Die Regierung hat die finanzielle Wirkung des Vorschlags Bismarck berechnet. Das Ergebnis würde sein: Ertrag aus dem Vermögen 800 Millionen, aus der Besteuerung der Einkommensteuern 40 Millionen und aus dem Einkommen 80 Millionen; zusammen 920 Millionen. Ein Antrag Seidel fordert bei 3 Millionen Vermögen eine Abgabe von 1,3 v. H., bei 5 Millionen 1,4 und bei noch größerem Vermögen 1,5 vom Hundert. Die Forderung im Antrag Bismarck, daß über 1,25 v. H. des Gesamtvermögens nicht erhoben werden soll, ist abgelehnt. Die Vollerparität der Einkommensteuern zu streichen, weil die großen Vermögen stärker zum Wehrbeitrag herangezogen werden müssen. Die Sozialdemokraten beantragten eine noch stärkere Herabsetzung des Wehrbeitrags. Von 5 bis 10 Millionen soll nach 1,3 v. H. und dann von je weiteren 10 Millionen 0,1 Prozent mehr erhoben werden. Nach unten hin sollte dafür eine Ermäßigung eintreten. Vermögen bis 30 000 M. also auch Einkommen bis 3000 M. müßten von der Abgabe befreit werden.

Schlagfeldt äußerte sich gegen diesen Vorschlag, der ihm besonders bedenklich erscheine wegen der Höhe der Abgabe, die von dem ganz großen Vermögen erhoben werden soll. Der Schlagfeldt erklärte, er sei momentan nicht in der Lage, sagen zu können, ob die Regierung dem sozialdemokratischen Vorschlag zustimmen könne. Steuererhöbungen solle man nicht gegen einzelne Personen machen. — Genosse Dabitz bezeugte die Argumentation des Schlagfeldts als sehr merkwürdig. Vor den schmerzlichen Leuten, die zu machen, ist völlig unerschütterlich. Je größer das Vermögen, desto höher wird der Wehrbeitrag von dem Staat für den Krieg zu bewillenden Ausgaben bestimmt. Will die Regierung ein Unannehmliches gegen die sozialdemokratische Forderung ausprechen, so mag sie das nur tun; das Volk würde dann die Haltung der Regierung nicht verstehen können. — Abgeordneter Schiffer bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, der von großen Vermögen Abgaben in einer Höhe erheben will, die dann selbst ein Vermögen darstellen. So zu verfahren, bedeute aber die Vermögenskonfiskation, und dagegen müsse energigekämpft werden. — Genosse Wurm antwortete dem Abgeordneten Schiffer, jede Steuer bedeute eine Art Vermögenskonfiskation. Wenn die Rüstungen mittels der Erhaltung des Friedens dienen, wie immer behauptet wird, so haben die schmerzlichen keine einen besonderen Vorteil von dieser angeblichen Friedensversicherung und müssen dementsprechend auch zahlen. — Schlagfeldt äußerte demnach, daß das Volk das Interesse hat, den Erhaltung des Friedens hat, darf niemals für die steuerliche Veranlagung und Belastung maßgebend sein. Die Arbeiter haben auch ein großes Interesse am Frieden, sie werden aber nicht zum Wehrbeitrag herangezogen. — Diesen Vorlesungen des Schlagfeldts gegenüber mochten unsere Genossen auf den folgenden Satz zur Begründung des Wehrbeitrags im Entwurf aufmerksam: „An der Erhaltung des Friedens, dem die Verfassung der Wehrmacht des Reiches dienen soll, sind die großen Gewerkschaften besonders interessiert.“ Mit der heutigen Erklärung des Schlagfeldts sehr dieser Satz in grellem Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dagegen wurden die höheren Stufen bei den großen Vermögen nach dem vorkriegsrechtlichen Entwurf angenommen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Personen mit einem Vermögen bis 50 000 M., deren Jahreseinkommen 3000 M. nicht übersteigt, vom Wehrbeitrag befreit sind. Im übrigen wurde dem Entwurf

des Grafen Bismarck zugestimmt. Die weiteren Bestimmungen wurden auf Freitag vertagt.

Seine Finanzministerkonferenz.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung meldet: „Nach einer in der vorigen Woche vorbereiteten Besprechung sollten die Finanzminister Bayerns, Sachsens, Württembergs, Preussens und Hessens in Berlin eintriften, um an den Besprechungen über eine Verständigung in der Budgetfrage teilzunehmen. Diese Mitteilung ist ebenso wie eine frühere gleiche Nachricht völlig unzutreffend. Besprechungen der Finanzminister der Bundesregierungen in Berlin sind nach der gegenwärtigen Sachlage nicht erfolgt und auch nicht vorgesehen. Es ist der Gang der Verhandlungen zu einer solchen Besprechung führen wird, läßt sich naturgemäß heute noch nicht sagen. Das wiederholte Gerücht von neuen Finanzministerkonferenzen mag darauf zurückzuführen sein, daß die Bundesregierungen wie bei allen größeren Vorlagen so auch bei der Budgetvorlage Vertreter nach Berlin entsandt haben, um über die Beratungen fortlaufend unterrichtet zu sein und am etwa notwendig werdenden Besprechungen zum Zweck der Berichterstattung teilzunehmen.“

Die Häften wollen zahlen.

Die Tägliche Rundschau „hört“, daß trotz des Widerspruches der Regierung gegen die Aufnahme des Wehrbeitrags der Bundesfürsten in das Gesetz doch Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Bundesfürsten sich mit dieser Aufnahme ihres Beitrags in das Gesetz einverstanden erklären werden. Dagegen sei eine entschiedene Ablehnung zu erwarten, falls der Haushaltsausschuß es unternehmen sollte, die bei dieser Gelegenheit festgesetzte Beitragspflicht der Bundesfürsten durch Bestimmungen in einer anderen Vorlage zu einer dauernden Steuerpflicht zu machen.

Es würde das den Herren Bundesfürsten auch nicht nützen, wenn sie sich mit der Aufnahme ihres Beitrags in das Gesetz nicht einverstanden erklären. Sie können es doch schließlich nicht wagen, das Gesetz über den Wehrbeitrag durch den Bundesrat ablehnen zu lassen, weil ihre Steuerpflicht gesetzlich festgelegt ist.

Die Balkankrise.

London, 5. Juni. Die das Kaiserliche Bureau erfährt, hat die heutige Sitzung der Völkervereinigung zweieinhalb Stunden gedauert. Darauf hat sie sich auf den kommenden Montag vertagt. Es wurden beträchtliche Fortschritte erzielt, sowohl hinsichtlich eines Kompromißweges betreffend die schwebenden Fragen über das albanische Statut und die Südgrenzen Albaniens, als auch über die Zukunft der ägäischen Inseln. Es erscheint wahrscheinlich, daß die Lösung der Fragen der ägäischen Inseln und der Südgrenze Albaniens von einander abhängen. Die Entscheidungen der Mächte hinsichtlich der ägäischen Inseln sind von der Haltung Griechenlands zu den Beschlüssen der Mächte bezüglich der Südgrenze beeinflusst. Das Kompromiß scheint unter den Vorschlägen Frankreichs und Italiens hinsichtlich dieser Grenze vermittelbar zu sein. Die meisten der ägäischen Inseln würden an Griechenland übergehen, aber die beiden den Dardanellen am nächsten liegenden würden der Türkei verbleiben. Bulgarien würde Thasos erhalten. Man wird von Griechenland Garantien verlangen, daß die Kleinsten benachbarten Inseln nicht als militärische oder Flottenstützpunkte verwendet werden. Die von Italien besetzten Inseln werden der Türkei übergeben, sobald die aus dem Friedensvertrag von Lausanne hervorgehenden Verpflichtungen von der Türkei in Tripolis erfüllt sein werden, und die Mächte werden sodann dahin wirken, daß sie Griechenland übergeben werden.

Stehende Friedensverhandlungen.

London, 5. Juni. Die Griechen lehnen es ab, weiter mit den Türken zu verhandeln, welche noch keine Zusicherungen gegeben haben, daß die Verträge wieder in Kraft gesetzt werden sollen, wie sie vor dem Kriege bestanden, und die griechischen Delegierten werden London in ein bis zwei Tagen verlassen. Der serbische Delegierte Pawlowitsch bereitet eine Julischrist zum Protokoll vor, welche, wie man hofft, die Türken und die Griechen zufriedenstellen werde, so daß das Protokoll von der Konferenz auf der nächsten Vollversammlung wird unterzeichnet werden können. Durch diese Julischrist sollen unter anderem die Bestimmungen des Berliner Vertrages über die Garantien für das Privateigentum und die Wahlrechtsvereinstimmungen der Rumänen in den eroberten Ländern, ebenso wie alle Sonderabkommen zwischen der Türkei und den verschiedenen Staaten aufrecht erhalten und respektiert werden. Die Frage der Höhe der Entschädigung, die von der Türkei an Serbien für die von der Türkei vor dem Kriege beschlagnahmten Kanonen zu zahlen ist, wird der Finanzkommission in Paris unterbreitet werden.

Der Einfluß der Verbündeten.

Wien, 5. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch das der Jahrgang 1913 unter die Fahnen gerufen wird.

Belgrad, 5. Juni. Die Politik meldet aus angeblich zuverlässiger Quelle, daß infolge der verheerenden Angriffe der Bulgaren auf serbische Militär an der serbisch-bulgarischen Grenze der Bolimob Putnik dem General Samow telegraphisch angekündigt habe, er werde im Wiederholungsfall die serbischen Truppen auf allen Seiten zur Offensive gegen Bulgarien übergehen lassen.

Belgrad, 5. Juni. Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten der Balkanverbündeten findet am Dienstag in Saloniki statt. Wenn es dort zu keiner Entscheidung kommt, dann wird die Konferenz in Petersburg unter dem Vorsitze Russlands fortgesetzt.